



Suchergebnisse: Einung

2. Dezember 1232 – Die Dominikaner verfolgen die neue Hexen-Ketzer-Sekte

Rom-Lateran * Papst Gregor IX. überträgt den Dominikanern die Aufgabe, die Orthodoxie des christlichen Glaubens zu schützen und deren Feinde aufzuspüren. Gemeint ist damit das Beharren auf bestimmten traditionellen Lehrmeinungen, Ideologien oder Handlungsweisen. Das steht im Gegensatz zu den Erneuerungsbewegungen, der Heterodoxie. Dadurch engagieren sich die Dominikaner verstärkt in der Verfolgung der neuen Hexen-Ketzer-Sekte.

22. März 1312 – Papst Clemens V. hebt den Templerorden auf

Avignon * Ungeachtet der Konzilsmeinung hebt Papst Clemens V. den Templerorden durch die Bulle „Vox in excelso“ auf. In der Begründung heißt es, dass allein schon durch den nunmehr schlechten Ruf des Ordens eine derartige Maßnahme notwendig sei, um weiteren Schaden von der Gesamtkirche abzuwenden. Anschließend übereignet der Papst durch die Bulle „Ad providam“ die Güter des Ordens den Johannitern. In Deutschland übernimmt der Deutschherrenorden den Templer-Reichtum für sich. Doch der Vollzug dieser Anordnung geht nur langsam vonstatten, und in Frankreich eignet sich König Philipp den größten Teil des verfügbaren Besitzes an, da er für die Abwicklung des Prozesses entsprechende Rechnungen stellt.

1402 – Magie kann immer nur mit Hilfe des Teufels ausgeübt werden

Paris * Magie, so ein Traktat, kann immer nur mit Hilfe des Teufels ausgeübt werden und ist deshalb als Apostasie [= Abfall vom Glauben] und Ketzerei [= das Abweichen von einer allgemein als gültig erklärten Meinung] zu bewerten.

1403 – Das Ungelt von Wein und Met wird auf 6 Mass vom Eimer erhöht

München * Das Ungelt von Wein und Met wird auf 6 Mass vom Eimer erhöht. Neben Steuern und Zöllen ist das Weinungelt jahrhundertlang die Haupteinnahmequelle der Stadt.



21. August 1403 – Die künftige Machtverteilung wird neu festgelegt

München * Nach heftigen Bürgerunruhen in München werden im sogenannten Wahlbrief die Grundlagen für die künftige Machtverteilung und des bürgerlichen Mitspracherechts neu festgelegt. Einungen beziehungsweise Zünfte werden verboten, Bestehende aufgelöst. Die Münchner Handwerkerverbände nehmen bis zum Ende des 18. Jahrhunderts keine politischen Funktionen mehr wahr. Durch eine straffe Gewerbeorganisation und -kontrolle stabilisiert der Rat seine Position.

1453 – Ein weiterer Brausatz verbietet den Brauern jede Einung

München * Ein weiterer Brausatz des Münchner Rats verbietet den Brauern jede Einung und untersagt ihnen, sich zu Absprachen zu treffen oder sich gegenseitig verzuschreiben, wie viel und wann sie brauen wollen. Sie dürfen auch kein Getreide aufkaufen, das sie später wieder verkaufen wollen. Damit soll Handelsschaft und Spekulation verhindert werden.

16. April 1564 – Papst Pius IV. gestattet den Laienkelch im Herzogtum Baiern

Rom-Vatikan - München * Papst Pius IV. gestattet den Laienkelch, also die Kommunion in beiderlei Gestalt, auch im Herzogtum Baiern. Das päpstliche Breve kommt zu spät, da Herzog Albrecht V. seine Meinung inzwischen geändert hat und nun gegen den Laienkelch kämpft.

6. April 1590 – Die Hexen-Gutachten des Hofrats und der Universität Ingolstadt

München - Ingolstadt * In dem Gutachten des Hofrates werden zunächst ausdrücklich die Meinungen derjenigen protestantischen Hexenverfolger zurückgewiesen, die gemäßigt auftreten. Dazu gehören Johannes Brenz aus Stuttgart und seine Anhänger, die jede Möglichkeit eines tatsächlichen Wetterzaubers abstreiten. Wetter sind eine Angelegenheit der Natur oder Gottes, nicht aber Sache „alter Weiber“ oder gar des „Teufels“. Nach dem Hofratsgutachten ist den Katholiken künftig jeder Zweifel an der Existenz der Hexen, des Teufelspakts, des Hexenflugs und des Schadenszaubers ebenso verboten wie jede inhaltliche Kritik. Auch das von vier Theologieprofessoren ausgearbeitete Ingolstädter Gutachten kommt zum Ergebnis, dass die Obrigkeit mit Eifer und Strenge gegen die Hexen vorgehen und es den Untertanen zur Pflicht machen soll, Verdächtige zu denunzieren. Die Gutachten folgen alleine den katholischen Autoren und unter diesen wiederum nur denjenigen, die die härtesten



Ansichten zur Hexenverfolgung vertreten, die jemals in der europäischen dämonologischen und juristischen Literatur zum Hexenprozess geäußert worden sind.

10. Mai 1590 – Bei einem Gewitter stürzt der Turm der neuen Michaels-kirche ein

München-Kreuzviertel * Bei einem Gewitter stürzt der Turm der neuen Michaels-kirche ein. Für die Jesuiten ist es eindeutig und naheliegend, dass das Unglück von den Hexen beeinflusst ist: „Ist vergangene Tage so ein greulich wetter abgegangen, dem Thurm und gebew nitt wenig befürderung mechte geben haben; dann vill die meinung, daß sollich ungewonliche gewütter von den maledenten bösen Weibern gemacht werden.“

1. Mai 1614 – Elias Pichler kredenzt erstmals das von ihm gebraute Bockbier

München-Graggenau * Braumeister Elias Pichler kredenzt in München erstmals das von ihm gebraute Bier nach original Einbecker Art, das später über ainpöckisch Bier den Namen Bockbier erhalten wird. Aufgrund der merkantilistischen wirtschaftspolitischen Grundprinzipien ist Herzog Maximilian I. - auch beim Bier - der Meinung, dass es wirtschaftlich besser ist, Fertigwaren auszuführen und allerhöchstens die Rohstoffe einzuführen, um dann am erzielten Mehrwert zu verdienen. Deshalb werden ab dem Jahr 1612, mit der Anwerbung des aus Einbeck stammenden Braumeisters Elias Pichler, auch die Lieferungen von Einbecker Bier für den Münchner Hof eingestellt. Schon zuvor ist am Münchener Herzogshof der Bedarf an dem Gerstensaft aus dem hohen deutschen (protestantischen) Norden durch den Aufschwung, den das Weiße Bier hier genommen hat, stark zurückgegangen. Das Luxusgetränk mit seinen mehr als 16 Prozent Stammwürze und über sieben Prozent Alkoholgehalt bleibt auch weiterhin ein Privileg des Landesfürsten. Herzog Maximilian I. lässt - auf nachhaltiges Drängen - zwar den „Bock“ auch an seine Landeskinder ausschenken, erklärt aber die Herstellung des Bockbieres - wie schon zuvor des Weißbieres - zum fürstlichen Regal, also zum Monopol der Landesherrschaft. Aus dem ainpöckischen Bier wird im Volksmund bald der Bock. Im Kanzleideutsch aber ist noch bis weit ins 19. Jahrhundert hinein vom Ainbock die Rede.

23. Mai 1618 – Die Delinquenten werden defenestriert und landen auf dem Misthaufen

Prag * Die Ständevertreter begeben sich in das Schloss auf dem Hradschin, um die kaiserlichen Beamten zur Rede zu stellen. Es kommt zu einem heftigen Streit, in dessen Folge die Aufständischen zwei Statthalter Ferdinands samt deren Sekretär aus einem Fenster der Burg



werfen. Doch die katholischen Statthalter überleben, was in der katholischen Propaganda umgehend zu einer Engels- und Marienerscheinung und damit zu einem Wunder umgedeutet wird. Weniger pathetische Stimmen sprechen von einem Misthaufen der den Sturz abgemildert hat. Doch auch einen Misthaufen hätten - nach einem freien Fall aus 18 Metern Höhe - drei Ungeübte nicht so leicht überstanden, dass sie hinterher noch in der Lage gewesen wären wegzulaufen. Die Lösung liegt wahrscheinlich an der unter dem Fenster schräg verlaufenden Wand. Durch die kleinen Fenster konnten die Delinquenten nicht mit Schwung „defenestriert“ werden und so nach unten rutschen. Die Ereignisse auf der Prager Burg stilisieren die katholischen Propagandisten zur Staatsaffäre hoch. Der Prager Fenstersturz ist die Initialzündung für den Dreißigjährigen Krieg.

22. August 1638 – Philipp Holzhauser darf eine Kapelle in Haidhausen errichten

Haidhausen * Der „Churfürstlich Baierische Rechnungs-Commissarius und Preibeamte zu München“, Philipp Holzhauser, erhält vom Freisinger Bischof Veit Adam Gebeck die Genehmigung, dass er „in seiner eigentumblichen Behausung vnnd Garten zu Haidthausen negst München Bogenhauser Pfarr“ eine Kapelle zu Ehren des Heiligen Kreuzes errichten und mit Paramenten und allem zur Feier des hl. Meßopfers Notwendigen versehen darf. Außerdem erhält er und seine Ehefrau auf Lebenszeit das Recht zugesprochen, dass sie - so oft sie sich in ihrer Besetzung in Haidhausen aufhalten - an einem Messopfer beiwohnen dürfen, das von einem geweihten Priester gehalten wird. Ausgenommen von diesem Recht sind lediglich die Hochfeste Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Philipp Holzhauser muss viel für die Kirche getan haben, dass er solche Privilegien überhaupt erhalten kann. Und tatsächlich treten er und seine Gattin mehrfach als Taufpaten in Erscheinung. Zudem vermacht er der Haidhauser Kirche mehrmals hohe Geldbeträge.

1669 – Kaffee wird in Porzellanschalen gereicht

Versailles * Soliman Aga, der Abgesandte des türkischen Sultans Mohammed IV., stattet dem Hof des französischen Königs Ludwig XIV. einen Besuch ab. Dabei bietet er den Gästen ein exotisches Heißgetränk in Form einer Tasse Kaffee an. Das ist an und für sich noch nichts Besonderes. Das Außergewöhnliche daran ist, dass das anregende Getränk in Porzellanschalen gereicht wird. Der französische Hof ist von den zum Genuss verwendeten Gefäßen derart begeistert, dass in der französischen Landeszentrale eine neue Modeerscheinung - „à la turque“ - geboren wird, die von hier aus ihren Siegeszug durch ganz Westeuropa antreten soll.



2. Februar 1678 – Frater Onuphrius vom heiligen Wolfgang erhält die Priesterweihe

Meran * Der Bischof von Brixen erteilt Frater Onuphrius vom heiligen Wolfgang in seiner Klausur in der Nähe von Meran seine Priesterweihe. In der Folge kommt Bruder Onuphrius auf Reisen nach Wien und München mit höchsten Adelskreisen in Verbindung. Sie fördern das Eremitenleben als romantisierende religiöse Modeerscheinung. Der Eremit gewinnt unter anderem die tatkräftige Unterstützung der Kurfürstin Maria Antonia, die Onuphrius die Wahl einer geeigneten Niederlassung in Bayern anbietet.

1753 – Die Harlachinger Anna-Kirche wird umfassend erneuert

München-Giesing * Zwischen 1753 und 1761 wird die Harlachinger Anna-Kirche umfassend erneuert. Dabei bleibt die äußere Gestalt vergleichsweise schlicht und erinnert weiterhin an eine romanische Dorfkirche, insbesondere durch den massiven Turm. Im Inneren wird der Kirchenraum im Stil des Rokoko gestaltet, der durch Leichtigkeit, Eleganz und reiche Ornamentik gekennzeichnet ist. Stuckverzierungen, geschwungene Formen und helle Farbgebung prägen das Erscheinungsbild. Die Deckenfresken sowie der Hochaltar bilden die künstlerischen Höhepunkte. Im Zentrum des Hochaltars steht weiterhin das Gnadenbild der „Anna selbdritt“, das den spirituellen Kern der Kirche darstellt. Es verbindet die kunsthistorische Ausstattung mit der religiösen Funktion als Wallfahrtsort.

1781 – Der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen

Königsberg * Immanuel Kant veröffentlicht seine „Kritik der reinen Vernunft“. Doch auch wenn Immanuel Kant in seinen Aufsätzen schreibt: „Habe Mut, Dich Deines eigenen Verstandes zu bedienen!“, so bleiben solche Gedankengänge in Europa noch lange Zeit pure Theorie. Doch auch hier ändert die Aufklärung sowie der Fortschritt der Naturwissenschaften und der Technik - langsam - das Weltbild. Die Welt wird plötzlich erklärbar. Für viele Phänomene, die man zuvor dem direkten Eingreifen Gottes zugeschrieben hat, findet man jetzt logische Erklärungen. So macht beispielsweise die Erfindung des Blitzableiters den bislang üblichen Wettersegen überflüssig. Damit waren die Zeiten, in denen der Blitz als Zeichen oder gar als Strafe Gottes galten, endgültig vorbei. Schriftsteller der Aufklärung, darunter Lorenz Westenrieder, versuchen die neuen Denkanstöße in zahlreichen Artikeln zu verbreitern. Sie benutzen dazu die in dieser Zeit neu entstandenen Zeitschriften und Journale, aber auch Flugschriften. Westenrieders Schriften widersprechen oft der Lehrmeinung der katholischen Kirche und werden deshalb verboten. Und selbst wenn die verbreiteten Denkansätze zum Teil



die Unterstützung des Kurfürsten finden, so sollen die Inhalte - schon aus reinen Machterhaltungsbestrebungen heraus - kanalisiert werden. Die Gedanken der Aufklärung zu Ende gedacht, bedeuten diese aber auch, dass sich die Menschen früher oder später nicht mehr in ihre Untertanenrolle fügen, sondern die Teilnahme am politischen System einfordern werden. Das ist der Beginn von gesellschaftspolitischen und sozialen Umwälzungen.

1788 – Kaffee als Ursache für viele körperliche Erschlappungen und Gebrechen

München * Nach Meinung des Lorenz von Westenrieder ist „der allgemeine Gebrauch des Kaffees unstreitig die Ursache für so viele körperliche Erschlappungen, Gebrechen und Schwachheiten, auch für die Hämorrhoiden“.

30. September 1796 – Freiherr von Montgelas erarbeitet das umfangreiche Ansbacher Mémoire

Ansbach * Freiherr Maximilian Joseph von Montgelas legt Herzog Max Joseph von Pfalz-Zweibrücken das „grundlegende Reformprogramm für die künftige Regierung des Kurfürstentums Baiern“ vor. Es trägt entscheidend zur Vertiefung des Vertrauensverhältnisses zwischen dem Herzog und dem Freiherrn bei. Das Ansbacher Mémoire ist ein Konzept zur Anpassung der bayerischen Verfassungs- und Verwaltungsverhältnisse an die Gegebenheiten der neuen Zeit. Auf sieben eigenhändig geschriebenen Doppelblättern beschreibt Montgelas die herrschenden Verhältnisse in Baiern und schlägt gleichzeitig Maßnahmen vor, die - nach seiner Meinung - für eine effektive und nach den Gesichtspunkten der Aufklärung gebildete Staatsverwaltung notwendig sind. Im Kern der Reformen fordert der Freiherr eine klar gegliederte Ministerialorganisation mit abgegrenzten Zuständigkeiten, eine neue Verwaltungsgliederung mit einheitlichen Instanzenwegen in Gesamtbaiern; eine gut ausgebildete, unbestechliche, ausreichend bezahlte und sozial abgesicherte Beamtenschaft; die steuerliche Gleichbehandlung aller Menschen; die Unabhängigkeit der Richter, die Trennung von Justiz und Verwaltung, die Überantwortung aller judikativen Bereiche in staatliche Obergericht, die Reform des Straf- und Zivilrechts; die Möglichkeit für die Bauern, adeliges Obereigentum an Grund und Boden abzulösen; die Beschränkung der Kirche auf den religiösen Bereich, die Aufhebung der Bettelorden und die bessere Nutzbarmachung der Klöster; die religiöse Toleranz; die Aufhebung der Zensur; die Verbesserung der Universitäten und Schulen. In einer übergeordneten Instanz soll die Zusammenarbeit der Ministerien gefördert werden und eine Koordination der Einzelmaßnahmen erfolgen. Am Ende steht ein geschlossenes Staatsgebiet, in dessen Ministerien sich alle staatliche Macht vereint. Darüber hinaus will Montgelas ein bayerisches, patriotisches Empfinden wecken, um die örtlichen



Gebundenheiten des Einzelnen abzulösen und statt dessen eine Identifikation mit dem Kurfürstentum, später Königreich, herbeiführen. Die Forderung nach einer Volksvertretung - nicht nur einer Ständeversammlung - wiederholt Montgelas im Ansbacher Mémoire nicht mehr. Wohl aber die Gleichheit aller vor dem Gesetz und die Abschaffung der Steuerprivilegien des Adels. Seine Adelspolitik nimmt später weitaus konservativere Züge an, vor allem nachdem er im Jahr 1803 selbst Grundbesitz erworben hat.

21. März 1800 – Die Stimme der öffentlichen Meinung über Max Joseph

München * Die Schrift „Die Stimme der öffentlichen Meinung über Max Joseph“ beschuldigt die Regierung: „Sie entfernte zwar die Schurken, die unter Carl Theodor den Hass und den Fluch des Volkes auf sich geladen hatten, aber dabei blieb sie auch stehen und hatte nicht den Mut, dieselben zu strafen. Zugleich offenbarte sich der Mangel an Grundsätzen immer deutlicher. Der Nepotismus, der Personalhass, die Intrigensucht lebten in voller Stärke wieder auf und schoben ihre untauglichen Kreaturen in die Reihe der schätzbaren Räte, deren Anstellung den Kollegien ihr ursprüngliches Ansehen wiedergegeben hatte“. Zum Thema Englische Subsidien kommt die Schrift zum Ergebnis: „Geringschätzung gegen den Kurfürsten, Hass gegen die herrschenden Minister“. Es herrscht eine eisige Stimmung.

10. November 1800 – Die Amberger Verordnung beendet Baierns ausschließliche Katholizität

Amberg * In der Amberger Verordnung schreibt Kurfürst Max IV. Joseph, dass die Meinung, wonach die katholische Religionszugehörigkeit eine wesentliche Bedingung der Ansässigmachung in Baiern sei, sich als nachteilig für die Industrie und Kultur im Land erwiesen habe und sich diese weder aus der Reichs- noch in der Landesverfassung begründen lasse. Allerdings veröffentlicht er die Verordnung nicht in der üblichen Art, sodass der Magistrat der Haupt- und Residenzstadt dem Pfälzer Weinwirt Johann Balthasar Michel aus Mannheim das Münchner Bürgerrecht verweigert und so die Übernahme der Weingastwirtsgerechtsame der Eheleute Rasp verhindert.

10. August 1807 – Friedrich Ludwig Sckell ist unzufrieden mit dem Englischen Garten

München-Englischer Garten * Friedrich Ludwig Sckell fertigt für den Englischen Garten einen Plan B, den er gemeinsam mit Plan A samt einer erläuternden Denkschrift dem König überreicht. Darin drückt er seine Unzufriedenheit mit der Art der Bepflanzung, der er das Fehlen von



„pittoresken Ansichten“ vorwirft, und der architektonischen Gestaltung der zumeist aus Holz errichteten Parkbautenaus. Diese sind nach seiner Meinung weder stabil genug gebaut, noch entsprechen sie der „reinen Baukunst“. Den Chinesischen Turm will er sofort abreißen lassen, da „der Chinesische Geschmack der Baukunst keine Nachahmung verdienet, und wenn einst dieser ganz faul seyn wird, und abgebrochen werden muß, Kein anderer mehr erbauet werden dürfte“.

1809 – Wiebeking: Die Isarbrücke ist eine Fehlkonstruktion !

München * Ohne unmittelbar akuten Anlass veröffentlicht Karl Friedrich von Wiebeking, der Leiter der staatlichen Straßen- und Wasserbaubehörde in Bayern, ein Projekt zur Erneuerung des alten Flussübergangs bei München. Wiebeking hält die alte Brücke aus dem 18. Jahrhundert für eine Fehlkonstruktion, weil sie nach seiner Meinung durch ihre engen, niedrigen Bögen und durch die allzu massiven Pfeiler den Fluss anstaut und daher bei Hochwasser zu einer der Ursachen für die Überschwemmungen ist, welche die Isarvorstadt und die Au damals häufig heimsuchen. Überdies sei sie mit einem Querschnitt von nur 18 Fuß [circa 5,40 Meter] viel zu schmal und könne gerade an Markttagen den Stoßverkehr nicht mehr bewältigen. All dies seien ausreichende Gründe, die alte Brücke durch eine Neukonstruktion zu ersetzen. Vorrangig jedoch will Wiebeking durch seine Publikation die Möglichkeit demonstrieren, durch eine Holzkonstruktion mit einem einzigen Bogen von 286 Fuß [= knapp 80 Meter], den „größten Bogen der Welt“, den rechten Flussarm ohne Stützpfeiler zu überspannen.

Januar 1809 – Erzherzog Johann lädt die führenden Köpfe des Tiroler Widerstands ein

Wien - Tirol * Erzherzog Johann lädt drei der zu den führenden Köpfen des Widerstands zählenden Tiroler nach Wien. Darunter ist Andreas Hofer, der Sandwirt aus dem Passeier. In vertraulichen Gesprächen werden Informationen und Meinungen ausgetauscht und konkrete Vereinbarungen getroffen. Um mögliche rechtlich-moralische Bedenken der Tiroler Bevölkerung im Aufstand gegen die bayerische Landesherrschaft auszuräumen, will der Erzherzog gleich bei Kriegsbeginn ein Besitzergreifungspatent unterzeichnen und damit Tirol wieder mit Österreich vereinen. Damit wären die Tiroler keine bayerischen Untertanen mehr, sondern Österreicher. Und wer dann gegen die Baiern kämpft, wäre kein Aufständischer sondern ein Freiheitskämpfer. In der Folge wird die Erhebung Tirols ins Rollen gebracht. Es sind viele Gründe zusammengekommen, die den Aufstand der Tiroler gegen die bayerische Herrschaft letztlich auslösen. Keiner allein hätte ausgereicht: weder die Aufhebung der alten Verfassung noch die Überheblichkeit bayerischer Beamter, weder die drückende Steuerlast noch die religionspolitischen Maßnahmen; ja nicht einmal die verhasste Rekrutierung zum bayerischen



Militär hätte unter anderen Umständen solche verheerende Folgen gezeigt. Ausschlaggebend war, dass die Tiroler unter Bayern keine Tiroler bleiben durften, sondern zu Südbayern gemacht wurden.

21. Mai 1809 – Abzugsbefehl an alle in Tirol stationierten Truppen nach Österreich

Tirol * Angesichts der durch Napoleon Bonaparte erklärte „Acht“ ändert General Johann Gabriel Marquis von Chasteler de Courcelles seine Meinung und gibt den Abzugsbefehl an alle in Tirol stationierten Truppen nach Lienz und von dort weiter nach Österreich.

8. November 1809 – Andreas Hofer ändert ständig seine Meinung

Tirol * Jakob Sieberer und Josef Daney halten Andreas Hofer die „Ströme zwecklos jetzt noch zu vergießenden Menschenbluts, Städte und Dörfer in Asche“ vor und dass er das Land in Not und Elend, tausende Familien an den Bettelstab und seine treuen Anhänger an den Galgen bringen würde. Wieder ändert Andreas Hofer seine Meinung, denn „unser lieber Herrgott und die Mutter Gottes werd'n wohl all's recht mach'n“. Daney und Sieberer verfassen einen Aufruf, der zur Niederlegung der Waffen aufruft. Andreas Hofer unterzeichnet das Schreiben, das daraufhin in Abschrift im ganzen Land verteilt wird. An der Mühlbacher Klause überfallen Südtiroler Aufständische auf Hofers Aufruf vom 5. November hin französische Truppen. 500 Soldaten kommen dabei ums Leben.

11. November 1809 – Andreas Hofer bricht sein gegebenes Wort

Tirol * Andreas Hofer hat sich inzwischen in das Sandwirtshaus in Sankt Leonhard zurückgezogen. Wieder ändert er seine Meinung und bricht sein gegebenes Wort, indem er einen weiteren Kampfaufruf unterschreibt. „Wenn Wir nachgeben ist Glaube, Religion, Volk und alles hin. Wer widerstrebt, ist ein Feind Gottes und des Vaterlands.“

19. Januar 1832 – Der Verein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit

Bubenhausen * Auf Initiative von Johann Georg August Wirth gründet sich in Bubenhausen der „Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit“. Mit ihm will er die Arbeit der liberalen Journalisten unterstützen. Durch eine freie, unzensurierte



Presse sollte die öffentliche Meinungsbildung bis hin zur grundlegenden Staatsveränderungen geschaffen werden. Der Verein sollte den Journalisten und ihren Familien ein festes Einkommen sichern und Vertriebswege schützen.

27. Mai 1832 – Kritische Töne auf dem Hambacher Fest gegen die Regierung

Hambach * Auf dem Hambacher Fest demonstrieren rund 30.000 Menschen aus Süddeutschland in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die Einheit Deutschlands, für eine föderative deutsche Republik und für eine Allianz der demokratischen Bewegungen Europas. Offenbar sind viele Frauen dem Aufruf gefolgt, der sich ja auch ausdrücklich an die „deutschen Frauen und Jungfrauen“ gewendet hat, „deren politische Missachtung in der europäischen Ordnung ein Fehler [...] ist“. Die Festteilnehmer tragen Fahnen mit politischen Aufschriften mit, die auf die Themen der Veranstaltung aufmerksam machen. In mehr als zwanzig Reden beschreibt man die augenblickliche politische Lage und beschreibt - in einer heute ungewohnt pathetischen Sprache - die künftige Gestaltung Deutschlands. Die Forderung nach Einheit meint die staatliche Einheit der deutschen Kulturnation, die auf der gemeinsamen Sprache und der gemeinsamen historischen Vergangenheit beruht. Die Forderung nach Freiheit meint die bürgerlichen Rechte wie Meinungs-, Rede- und Pressefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Freizügigkeit sowie Handels- und Gewerbefreiheit. Die Forderung nach Gleichheit richtet sich gegen die mittelalterliche „Ständeordnung“, die die Menschen in Adel, Klerus und den dritten Stand, welcher über keinerlei politischen Rechte verfügt, einteilt. Gleichheit meint aber auch eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetz ohne Bindung an den Geburtsstand. Gegen dieses absolutistische System setzen die Hambacher die Volkssouveränität als den obersten Wert der Staatsverfassung. Die Macht im Staate soll vom Volk ausgehen, gesetzlich festgelegt und kontrollierbar sein, damit Willkürakte verhindert werden und der Einzelne mit Hilfe der Gesetze in seinen Eigentums- und Freiheitsrechten geschützt ist. Anstelle der dem Fürsten verantwortlichen Heere fordern die Hambacher eine allgemeine Bürgerbewaffnung. Die Frau wird als gleichberechtigte Partnerin des Mannes gesehen. Sie ist „nicht mehr die dienstpflichtige Magd des herrschenden Mannes, sondern die freie Genossin des freien Bürgers“, deren Aufgabe es ist, frühzeitig ein politisches Verantwortungsbewusstsein in den Kindern zu wecken. Überhaupt sehen die in Hambach Versammelten in der politischen Bildungsarbeit ein bedeutendes Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das soll in einem öffentlichen Meinungsbildungsprozess in der Presse und auf Volksversammlungen gefördert werden, damit sich die Ziele der Einheit, der Freiheit, der Gleichheit und der Volkssouveränität in der Bevölkerung festsetzen und so allmählich gewaltlos verwirklicht werden können.



22. Januar 1849 – Den Landtag beherrscht das Thema Reichsverfassung

München-Kreuzviertel * König Max II. eröffnet den Landtag im Landtagsgebäude an der Prannerstraße und kündigt eine ganze Serie von Gesetzesvorlagen an. Doch diese Zusammenkunft der Abgeordneten steht unter einem einzigen Thema: der Reichsverfassung, die die Frankfurter Nationalversammlung ausgearbeitet hat. Es entsteht ein heftiger Meinungsstreit, weil das Frankfurter Staatsgrundgesetz von den konservativen Kräften als Eingriff in die Souveränität der Bundesstaaten betrachtet wird.

11. Februar 1858 – Marienerscheinung in einer Felsengrotte bei Lourdes

Lourdes - Rom-Vatikan * In den Auseinandersetzungen um das Dogma der unbefleckten Empfängnis erscheint dem Bauernmädchen Bernadette Soubirous in einer Felsengrotte bei Lourdes eine „schöne weiße Dame“, die sich als „die unbefleckte Empfängnis“ betitelt. Aus der Sicht von Papst Pius IX. gerade im richtigen Moment. Umgehend wird der Ort der Erscheinung zum Wallfahrtsort erhoben.

1864 – Papst Pius IX. erlässt eine Enzyklika aller zeitgenössischen Irrlehren

Rom-Vatikan * Papst Pius IX. erlässt - wieder ohne Konzil - die Enzyklika Quanta Cura, den sogenannten „Syllabus“, der eine Aufstellung von achtzig zeitgemäßen Irrlehren enthält. Dazu gehören nicht nur der Pantheismus, Naturalismus und Rationalismus, sondern vor allem der Sozialismus, Kommunismus sowie irrige Anschauungen über die Natur der Ehe und das Verhältnis von Staat und Kirche. Verurteilt wird auch der ungezügelter Fortschrittsglaube und der Liberalismus, der die Trennung von Staat und Religion vorsieht. Die „Kurie“ sieht ihren Feind in der modernen Welt. Deshalb ist sie gegen die Glaubensfreiheit, Gewissens-, Kult-, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Demokratie. Im Gegensatz dazu verlangt der Papst im „Syllabus“ die Oberhoheit der Kirche über die staatliche Gewalt. Auf Kritik an der römisch-katholischen Kirche und auf Individualismus antwortet sie mit dem Anspruch, dass nur sie selbst auf Erden die Sache Gottes „ausschließlich, alleinig und entscheidend“ vertreten könne. Wer zu dieser Kirche nicht gehören will, der muss sie eben verlassen. Besonders in Deutschland entbrennt daraufhin eine Auseinandersetzung, in deren Folge es zum sogenannten Kulturkampf kommt.



März 1865 – Richard Wagners Auswanderungspläne nach Italien

München - Augsburg * Richard Wagner ist in München Anfeindungen ausgesetzt, die in ihm Abwanderungspläne in Richtung Italien reifen lassen. Die Augsburger Allgemeine Zeitung veröffentlicht einen Artikel von Oskar Redwitz, der in einer Pressekampagne gipfeln sollte. Unter dem Titel „Richard Wagner und die öffentliche Meinung“ wird schon damals die Verschwendungssucht des Komponisten und Dichters angeprangert.

1870 – Verlegung der Fabrik auf die Praterinsel

München-Graggenau - Praterinsel * Die zunehmende Expansion des Unternehmens sowie die intensive Bautätigkeit entlang der neu entstehenden Maximilianstraße veranlassen Anton Riemerschmid, die Fabrik auf die inzwischen erworbenen Grundstücke der Praterinsel zu verlegen. Dort entsteht ein moderner Neubau mit Versuchslabor, in dem die Rezepturen zahlreicher Erzeugnisse entwickelt werden. Das Labor dient zugleich als Arbeitsstätte bedeutender Wissenschaftler wie Justus von Liebig, Friedrich Wöhler und Max von Pettenkofer. Besondere Aufmerksamkeit erfährt die Essigproduktion, zu deren wissenschaftlicher Erforschung Liebig wichtige Beiträge leistet. Von Beginn an setzt das Unternehmen auf hohe Produktqualität und eine anspruchsvolle Gestaltung seiner Erzeugnisse. Dabei wirkt später auch Richard Riemerschmid mit, der als Künstler, Designer und bedeutender Vertreter der Münchner Reform- und Kunstgewerbebewegung das Erscheinungsbild von Flaschen und Verpackungen prägt.

1874 – Bäckerei Karl in einem Haus mit jahrhundertealter Geschichte

München-Graggenau * Im Münchner Adressbuch von 1874 findet sich der bislang früheste bekannte Nachweis der Bäckerei Karl am Platzl 2. Der Eintrag lautet: „Karl - Bäcker und Melber - Platzl 2.“ Damit ist die Bäckerei an diesem Standort erstmals eindeutig belegt. Im Laufe der folgenden Jahrzehnte entwickelt sie sich zu einer der bekanntesten Bäckereien Münchens und wird unter dem Namen „Bäcker Karl“ weit über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Die Bäckerei befindet sich im Haus Platzl 2, einem der ältesten erhaltenen Bürgerhäuser Münchens. Sein mittelalterlicher Kern reicht bis in das 13. oder 14. Jahrhundert zurück. Umbauten aus der Renaissance und dem Barock prägen das Erscheinungsbild bis heute. Gemeinsam mit dem benachbarten Haus Platzl 3 zählt das Gebäude zu den bedeutendsten historischen Bürgerhäusern der Münchner Altstadt.



März 1877 – Warnungen vor Gewalt auf dem Salvatorkeller

München-Au * Schon Jahre vor der späteren „Salvatorschlacht“ fürchten Polizei und Presse einen größeren Gewaltausbruch auf dem Salvatorkeller. Während der Starkbierzeit kommt es dort immer wieder zu Trunkenheit, Streit und handfesten Auseinandersetzungen. Das „Dillinger Tag- und Anzeigenblatt“ zeichnet im Frühjahr 1877 ein drastisches Bild: „Alle Jahre wiederholen sich zur Schande Münchens und zur Belästigung der Einwohner dieselben widerlichen Erscheinungen in Folge des Salvatorgenusses. Auf dem Keller selbst gibt es viehische Szenen, deren viele zu beschreiben der Anstand verbietet. Da wird gebrüllt, gerauft, gestochen, mit Masskrügen geworfen usw.“ Der Bericht macht deutlich, dass die Ausschreitungen von 1888 nicht völlig überraschend kommen. Bereits mehr als ein Jahrzehnt zuvor gilt der Salvatorkeller während der Starkbierzeit als möglicher Schauplatz schwerer Gewalttaten.

1879 – Friedrich Fabri stellt die Frage nach deutschen Kolonien

Deutsches Reich * Friedrich Fabri, ein aus Franken stammender Missionsleiter, Expansionspublizist, Kolonial- und Sozialpolitiker, veröffentlicht eine aufsehenerregende Broschüre, in der er die Frage stellte: „Bedarf Deutschland der Kolonien?“ Fabri gilt gemeinhin als Vater der deutschen Kolonialbewegung. Er sieht in der Überbevölkerung, der Überproduktion und dem Kapitalüberschuss die eigentlichen Ursachen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisenerscheinungen des Kaiserreichs. Friedrich Fabris Krisentherapie besteht aus einer Exportoffensive an Waren, Kapital und Menschen. Durch eine „gelenkte Auswanderung“ und gegebenenfalls auch der Deportation der Kräfte aus der sich emanzipierenden sozialistischen Arbeiterschaft, die an ihren systemverändernden Absichten festhielten, könnte auch die Soziale Frage nach Übersee exportiert werden. Friedrich Fabri stilisierte damit die Frage nach deutschen Kolonien zu einer deutschen Überlebensfrage hoch.

1884 – König Ludwig II. entlässt Georg von Dollmann

Pfronten - München * Weil Georg von Dollmann - nach Meinung des Märchenkönigs Ludwig II. - die Burg Falkenstein zu wenig großzügig plant, wird er als Bauherr entlassen.

1886 – Buffalo Bill hält sich mit seiner Wildwest-Schau in München auf



München - München-Untergiesing * William Frederick Cody, besser bekannt unter seinem Pseudonym Buffalo Bill, hält sich mit seiner Wildwest-Schau in München auf. Die Münchner sind begeistert von den „tollkühnen Zugstücken“, worunter man die Reiterkünste bei einem nachgespielten Überfall auf einen Eisenbahnzug versteht. In der Schau treten neben der „ritterlich schönen Erscheinung“ Buffalo Bills noch nordamerikanische Indianer und mexikanische Baqueros auf. Die Zuschauer schwärmen von den „Künsten der Naturreiter“ und ihren „wahrhaft schönen und sicheren Sitz und ihrer prächtigen Haltung“ und vom Anblick der Indianer, „deren nackte, ebene Glieder so bunt bemalt sind, als trügen die braunen Herrschaften grellfarbene Tricots“.

2. Mai 1886 – Die königliche Finanzmisere wird öffentlich diskutiert

Nürnberg * Der Nürnberger Anzeiger schreibt zur Finanzmisere König Ludwigs II. folgende Zeilen: „[...] der Staat soll Schulden machen, um die Kalamität der Kabinettskassa zu beseitigen, wozu eine Summe von 12 bis 20 Millionen Mark - nach den verschiedenen Lesearten - nötig sein wird. Ob hierzu wirklich so leicht die Genehmigung der 2/3-Mehrheit der Landboten zu erhalten ist, wollen wir doch erst abwarten, nach unserer Meinung kann hierzu eine Volksvertretung ihre Zustimmung unmöglich geben“.

1890 – Der Steyrer Hans ist eine stattliche, auch furchteinflößende Erscheinung

München-Obergiesing * Mit einem Körpergewicht von beinahe zweieinhalb Zentnern und seinem vierzig Zentimeter langem Schnurrbart ist der Steyrer Hans eine stattliche, mitunter auch furchteinflößende Erscheinung. Kein Wunder, dass ihm die Münchner unterstellten, er würde „Oachkatzln“ schnupfen, die er in seiner zigarrenschachtelgroßen, dreiundvierzig Pfund schweren Tabakdose aus Marmor und Zinn untergebracht hätte. Dieses Ungetüm reicht der Steyrer Hans mit besonderem Vergnügen herum, weil sie kaum jemand halten konnte. Verheiratet ist er mit Mathilde, der Tochter des Schweinemetzgers Schäffer. Sie betreiben nacheinander mehrere Gaststätten in München, so das Gasthaus Zum bayerischen Herkules in der Lindwurmstraße, ein weiteres in der Bayerstraße. Dann übernehmen sie eine kleine Wirtschaft in Obergiesing, den Tegernseer Garten, den sie ausbauen und bis zu seinem Tod als Restaurant Steyrer Hans bewirtschaften. Dieses Wirtshaus an der Tegernseer Landstraße 75 ist ein beliebter Treffpunkt der Athleten und Kraftmenschen.

11. September 1896 – Der Kunstsaustall der Schwanthaler Bagage



München-Ludwigsvorstadt * Gut zwei Wochen vor der Eröffnung des Deutschen Theaters und der Schwanthaler Passage steht das Unternehmen am Rande des Bankrotts. Eine Gläubigerversammlung mit rund 120 Handwerkern und Lieferanten mahnt ihre ausstehenden Zahlungen an. Theaterdirektor Alexander Bluhm schafft es gerade noch, die Gläubiger zu einem Stillhaltabkommen zu überreden und sie für sechs Monate von Pfändungen abzuhalten. Denn wenn der Theaterbetrieb erst einmal laufen würde, so argumentiert der optimistische Theaterdirektor, dann wären auch alle finanziellen Probleme gelöst. Doch nur wenige Stunden vor der Premiere muss er eine größere Summe Geld auftreiben, weil der Lieferant der roten Teppiche im Foyer ansonsten mit einem Skandal droht. Zum Glück gibt es aber im Hintergrund noch den reichen Kommerzienrat Friedrich Haenle, der für sechzig Prozent aller offen stehenden Forderungen eintreten will. Dieses Angebot führt allerdings in der Familie des Unternehmers zu Überlegungen, den Patriarchen „entmündigen“ zu lassen, um dadurch weiteres Unheil zu verhindern. Aber nicht nur die verschwenderische Ausgestaltung der Schwanthaler Passage bringt die Unternehmung an den Rand des Desasters. Theaterdirektor Alexander Bluhm hat auch beim Künstlerpersonal kräftig hingelangt. Neben dem üppig besetzten Schauspieler-Ensemble leistet er sich ein mit fünfzig Musikern besetztes Orchester und ein stattliches Ballett: 36 Tänzerinnen, 16 Tänzer, 48 Figurantinnen und 60 Komparsen gehören zum festengagierten Stammpersonal. Weil aber Direktor Bluhm schon zwei Monate vor der Premiere kein Geld mehr für Gagen besitzt, müssen die Proben abgesagt werden. In München machen die Probleme des neuen Theaters schnell die Runde. Für die hiesigen Lästermäuler wird aus der Schwanthaler Passage ganz schnell die „Schwanthaler Blamage“, während man die Betreiber des Etablissements als „Schwanthaler Bagage“ verhöhnt. Die erzkonservative Zeitung Das Bayerische Vaterland blickt sowieso mit Schaudern auf die Programmankündigung des Unterhaltungstempels an der Schwanthalerstraße und sieht schon dadurch die „moralischen Grundsätze des christlichen Abendlands“ als gefährdet an. Die Zeitung befürchtet, dass es sich bei dem neuen Theater um ein „Institut für moralische Schweinezüchterei“, ja sogar um einen „Kunstaustall“ handelt. Neben der veröffentlichten Meinung bereiten aber auch die genehmigenden staatlichen Behörden dem Theaterdirektor Alexander Bluhm große Probleme, indem sie ihm zunächst „die ortspolizeiliche Produktionsbewilligung für theatralische Vorstellungen“ verweigern. Im Hintergrund agiert hier der einflussreiche Münchner Hoftheaterdirektor Ritter Ernst von Possart, der in dem neuen Theater in der Schwanthaler Passage eine „dauernde schwere Schädigung der materiellen Interessen der königlichen Hofbühne“ sieht. Aber nicht nur die Angst vor einer unliebsamen Konkurrenz, die den Hoftheatern die Zuschauer abspenstig machen könnten, sondern auch eine tief empfundene Abneigung gegen alles Moderne bringen Ritter Ernst von Possart gegen das neue Theater in Rage. Der den Traditionalisten angehörende Hoftheaterintendant pflegt auf seinen Hofbühnen einen antiquierten, stark verstaubten Stil, der kaum mit dem zeitgenössischen Theater



der Naturalisten zu vereinbaren ist.

1900 – Einstellungsbedingungen für Frauen im Fernsprechdienst

München * Für Frauen im Fernsprechdienst gelten folgende Einstellungsbedingungen: „Die Bewerberinnen - Mädchen oder kinderlose Witwen - müssen zwischen 18 und 25 Jahre alt sein, eine gute häusliche Erziehung erhalten und sich sittlich tadellos geführt haben, von entstellenden Gebrechen frei und körperlich vollkommen gesund sein, namentlich ein gutes Seh- und Hörvermögen sowie normale Atmungswerkzeuge besitzen und nicht zu Ohrenleiden, Nervosität und Bleichsucht neigen. Zur Einstellung als Telegraphengehülfin ist im allgemeinen eine Körpergröße von mindestens 158 cm erforderlich. Die Bewerberinnen dürfen keine Schulden haben. Es können in der Regel nur solche Bewerberinnen angenommen werden, welche in dem Orte der Beschäftigung dauernd festen Familienanhalt durch nahe Verwandte haben und bei diesen wohnen. Ausnahmen hiervon unterliegen der Genehmigung der Ober-Postdirektion. [...] Die Beschäftigung ist eine widerrufliche und gewährt keinen Anspruch auf Zulagen, Unterstützungen usw. Die Verheiratung hat den Verlust der Stelle zur Folge.“ Neben den günstigen Lohnkosten werden die Damen auch wegen ihrer - als weibliche Sozialisation beschriebenen - geschlechtsspezifischen Eigenschaften wie Einfühlungsvermögen, Aufmerksamkeit, Genauigkeit, Höflichkeit, Geduld, einfach „die ausgleichenden und vermittelnden Qualitäten der Frau“, eingestellt. Gerade in der Anfangsphase des Vermittlungsdienstes müssen die Frauen die Pannen, Störungen und Kapazitätsprobleme der Technik mit ihrer „natürlichen Veranlagung“ ausgleichen. Sie kommen meistens aus gutem Hause, sind unverheiratet, besitzen eine ordentliche Schulbildung - zum Teil sogar mit Fremdsprachenkenntnissen - und verfügen über einen einwandfreien Leumund. Mit diesen Voraussetzungen garantieren sie ein adäquates Benehmen im Umgang mit den „sozial hochgestellten Telefonabonnenten“. Aus einer Vielzahl von Bewerberinnen können die bestqualifiziertesten Frauen ausgewählt werden, die aufgrund ihrer Vorbildung, Sozialisation und Jugend als hoch motivierte Arbeitskräfte mit wenig anderen Berufs- oder Aufstiegschancen anerkannt sind. Die jungen Damen haben eine Aufnahmeprüfung in Rechnen, Geographie und Aufsatz zu absolvieren. Nach einer halbjährigen Probezeit müssen sie eine mündliche Prüfung ablegen und praktisch beweisen, dass sie Telefon- und Telegrafengeräte bedienen können. Die Tätigkeit in der Telefonvermittlung wird jetzt als dauerhafte Beschäftigung für Frauen verstanden. Wie schwer der Beruf der Telefonistin war, hängt von einer Reihe von Faktoren ab, beispielsweise von der Größe der Stadt und der Art der Vermittlungsstelle. Die Arbeit einer Ortsvermittlungskraft gilt als monoton und - darüber sind sich die Arbeitsmediziner einig - stellt hohe Anforderungen an das Nervensystem. „Eine über mehrere Jahre tätige Telefonistin musste einfach hysterisch werden“. Die wöchentliche Arbeitszeit



schwankt - je nach Schwere des Dienstes - zwischen 42 und 48 Stunden, nur jeder dritte Sonntag ist frei. Die Dienstschrift dauert elf Stunden; Urlaub gibt es keinen. Der Durchschnittsverdienst einer Telefonvermittlungskraft liegt etwas über dem von weiblichen Kaufhausangestellten und etwas unterhalb der Einkünfte von Lehrerinnen. Nur einzelne Kräfte können zur Aufsicht aufrücken. Während des Dienstes ist das Tragen einer einheitlichen Dienstbluse aus dunkelblauem Stoff vorgeschrieben, da man befürchtet, dass „bei der Eigenart der weiblichen Natur nur zu leicht ein gegenseitiges Überbieten in der äußeren Erscheinung Platz greifen würde“.

15. April 1900 – Kaiserwitwe Cixi und die „Boxer“ als Verbündete gegen die Ausländer

Shandong - China * Die „Boxer“ werden offiziell verboten. Da sich jedoch reguläre kaiserliche Truppen mit ihnen verbünden, lässt sich das Verbot nicht durchsetzen. Nun ändert die Kaiserinwitwe Cixi und ein Teil der hohen Beamenschaft erneut ihre Meinung und beginnen, in den „Boxern“ Verbündete gegen die Ausländer zu sehen.

1901 – Innenausstattung des Schauspielhauses im Jugendstil

München-Graggenau * Richard Riemerschmid gestaltet den Innenraum des Schauspielhauses im Riemerschmid-Block als geschlossenes Gesamtkunstwerk. Organische Formen, sorgfältig abgestimmte Farben und hochwertige Materialien prägen das Erscheinungsbild. Rot- und Grüntöne dominieren den Zuschauerraum, ergänzt durch Messingdetails und florale Ornamente. Besonders bemerkenswert ist die Deckengestaltung: Statt eines Kronleuchters sorgen zahlreiche Lichtquellen für eine gleichmäßige Beleuchtung und erzeugen den Eindruck eines Sternenhimmels. Die organische Formensprache zieht sich durch alle Bereiche des Hauses und macht das Schauspielhaus zu einem herausragenden Beispiel des Münchner Jugendstils. Mit der Verbindung von moderner Theaterarchitektur, innovativer Bühnentechnik und künstlerischem Reformanspruch entwickelt sich das neue Schauspielhaus rasch zu einer der führenden Schauspielbühnen Deutschlands.

1902 – Kontroverse Diskussionen um die Hellabrunner Nietenfabrik

München-Giesing * Das Protokoll einer Sitzung des Münchner Magistrats macht deutlich, dass die Meinungen über die Nietenfabrikanlage von Johann Feßler in Hellabrunn so kontrovers wie zu Beginn der Planungen geführt wird. Die industriefreundlichen Befürworter betonen, die



Fabrikanlage sei durch die Isarauen „dem Auge des Spaziergängers vollkommen entrückt“. Außerdem habe die Stadtverwaltung absolut keine Veranlassung, der Entwicklung des Gewerbes und der Industrie schädigende Hindernisse in den Weg zu legen, vielmehr habe sie alle Ursache, die Entwicklung der Industrie zu fördern. Der Gemeindebevollmächtigte Heller betont, er selbst sei Naturfreund „und mir ist auch ein schöner Baum lieber, als ein rauchender Kamin, aber Ausnahmen müssen in diesem Falle unbedingt bei einem so ehrenwerten Bürger Münchens gemacht werden“. Dagegen wendet der Gemeindebevollmächtigte Dr. Dürck ein: „Bürgerfreundlichkeit ist eine schöne Tugend, aber der Magistrat ist nicht bürgerfreundlich, der einem einzelnen Bürger zuliebe etwas geschehen lässt, was die Gesamtbürgerschaft auf endlose Zeit hinaus schädigt und belästigt.“ Es entwickelt sich ein Streit zwischen fundamentalistisch fortschrittsgläubigen und „grün-konservativen“ Stadträten.

16. Oktober 1904 – Georg Lang wird in Nürnberg beigesetzt

München-Giesing - Nürnberg * Nach einer Aufbahrung auf dem Münchner Ostfriedhof wird Georg Lang seinem Wunsch entsprechend auf dem Johannisfriedhof in Nürnberg beigesetzt. In München und Nürnberg nimmt eine große Zahl von Menschen Abschied vom weithin bekannten „Krokodilwirt“. Lang hinterlässt ein bleibendes Vermächtnis: Mit seiner „1. Bayerischen Riesenhalle“, einer fest engagierten Blaskapelle, gemeinschaftlich gesungenen Stimmungsliedern und einer modernen Werbestrategie prägt er das Erscheinungsbild des Oktoberfests nachhaltig. Viele Elemente seines Konzepts gehören bis heute zur Bierzelkultur.

20. Dezember 1904 – Konzentrationslager als Internierungslager für Unterstützer

Deutsch-Südwestafrika * Das Erscheinungsbild des Krieges gegen die Herero und Nama ist nicht nur durch die eigentlichen Kampfhandlungen geprägt, sondern mindestens ebenso sehr durch die von der Militäradministration errichteten Konzentrationslager. Sie dienen als Internierungslager, in denen auch Stämme aus dem Gebiet des Guerillakampfes festgesetzt werden, um so den Kämpfern den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen. Es sind also keine reinen Kriegsgefangenenlager nach europäischen Standards, sondern werden auch zur Inhaftierung von Frauen, Greisen und Kindern genutzt. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass es sich hierbei um einen Krieg gegen ein ganzes Volk handelte. Die Lebensbedingungen in den Konzentrationslagern sind völlig unzureichend. Es fehlte an allem, von den Lebensmitteln bis zum Brennmaterial. Viele Insassen erkrankten an Skorbut und Typhus. Die Sterblichkeit ist entsetzlich hoch. „Es kamen an manchen Tagen bis 27 Sterbefälle vor. Karrenweise wurden die Toten zum Friedhofe gebracht.“



4. August 1914 – Großbritannien tritt in den Krieg ein

Berlin - London * Am Abend hält Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg dem britischen Botschafter vor, wie furchtbar es wäre, wenn es zwischen Deutschland und England - „wegen eines Fetzens Papier“ - zum Krieg kommen würde. Diese abschätzige Bezeichnung Bethmann Hollwegs für den „Vertrag über die belgische Neutralität“ wirft ein grelles Licht auf die deutsche Haltung und wird daher von der englischen Propaganda sofort in einem Plakat umgesetzt. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch das Deutsche Reich leistet einen entscheidenden Beitrag, die öffentliche Meinung in Großbritannien für den Krieg gegen Deutschland zu mobilisieren. Großbritannien erklärt daraufhin konsequenterweise Deutschland den Krieg. Die Armeen der Mittelmächte haben eine Kriegsstärke von 3,5 Millionen Soldaten, davon 2,1 Millionen deutsche; die Entente verfügt dagegen über 5,7 Millionen Soldaten.

11. September 1914 – Die Schlacht an der Marne ist verloren

Marne * Die Marne-Schlacht ist beendet. 250.000 Tote, Verwundete und Gefangene hat die Schlacht auf deutscher Seite gekostet, rund 300.000 auf alliierter Seite. Generalstabschef Helmuth von Moltke erleidet einen Nervenzusammenbruch und sieht den Krieg verloren. Mit dieser Meinung steht er nicht alleine, doch Kaiser Wilhelm II. will einen Siegfrieden und keinen Kompromissfrieden.

6. April 1917 – Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha

Gotha * Die in Gotha bis zum 8. April stattfindende zweite Reichskonferenz der sozialdemokratischen Opposition wird zum Gründungsparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - USPD. In der neuen Partei finden sich Sozialdemokraten verschiedenster Couleur wieder: Revolutionäre Marxisten wie die Gruppe Internationale, die im Krieg die prognostizierte Krise des Kapitalismus sieht und auf revolutionäre Aktionen drängt; pazifistisch gesinnte Sozialdemokraten, die im Weltkrieg einen Angriffskrieg Deutschlands sehen und sich diesem aus ethischen und moralischen Gründen verweigern; daneben Revisionisten, aber auch führende Vertreter des marxistischen Zentrums. Die USPD ist also keine straffe, einige revolutionäre Linkspartei. Sie zeigt sich nur einig in dem gemeinsamen Ziel: Die Beendigung des Krieges ohne Annexionen. Sie steht demzufolge für die Gegnerschaft zum Krieg, in dem sie längst keinen Verteidigungskrieg, sondern einen imperialistischen Eroberungskrieg sieht. Die USPD ist also in erster Linie der Block der sozialdemokratischen Gegner des Burgfriedens, der gegen die Kriegskredite ist. Sonst herrschen



innerhalb der USPD in der Beurteilung der Arbeiterbewegung und ihrer Taktik große Meinungsverschiedenheiten. Zu Vorsitzenden der neuen Partei werden Wilhelm Dittmann und Hugo Haase gewählt. Auch Kurt Eisner ist in Gotha anwesend, obwohl er immer gegen die Spaltung der Partei war. Die Unzufriedenheit mit der SPD hat auch in Bayern zugenommen. Für die SPD sind die USPD-ler „Vaterlandsverräter“, für die USPD sind die SPD-ler „Verräter am Sozialismus und an der Arbeiterschaft“.

26. Oktober 1917 – „Ein nach außen nicht unbedenkliches Vorgehen“

München * Finanzminister Georg Ritter von Breunig gibt die erste Stellungnahme der Regierung zur Gründung des Bayerischen Beamten- und Lehrerbundes vor der Abgeordnetenversammlung ab. Er nennt sie „eine Erscheinung, die zu unserer Väter Zeiten für unmöglich erachtet worden wäre“. In Hinblick auf die Kriegssituation bezeichnet er dies als „ein nach außen nicht unbedenkliches Vorgehen“.

27. Januar 1918 – USPD-Versammlung zu den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk

München-Isarvorstadt * Die Münchner Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands - USPD führt in den Kolosseum-Bierhallen eine Versammlung zum Thema „Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und das harrende Volk“ durch. Etwa 250 bis 300 Personen sind der Einladung gefolgt. Auch die Polizeibehörde hat zwei Vertreter zur Überwachung geschickt, weil sie die Versammlung als öffentlich ansieht. Unter dem Applaus der Zuhörer hält Kurt Eisner einen kämpferischen Vortrag und nimmt dabei keinerlei Rücksicht auf die anwesenden Polizeispitzel. Die Versuche der Polizeibeamten, den Redner einzuschüchtern, werden von der erregten Menge unterbunden. Er führt u.a. aus, die Zeit ist gekommen, „nicht den Willen kundzutun, sondern ihn durchzusetzen“. Kurt Eisner bezeichnet den Massenstreik als das Mittel, „die Macht für die deutsche Demokratie zu erobern“ und „dem Wüten der verblendeten Herrschenden ein Ende [zu] bereiten“. Felix Fechenbach bemerkte dazu: Kurt Eisner sprach in Gegenwart der Polizei „trotzdem, oder gerade deshalb, ohne jede Zurückhaltung, weil er stets die Meinung vertrat, dass das Aussprechen der Wahrheit der erste Schritt zur Revolution ist“.

25. März 1918 – Der Kriegsminister und der Umgang mit den Sozis

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath formuliert in einem internen Schreiben seine Meinung, welche Taktik gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien einzuschlagen ist:



„Nach den seitherigen Erfahrungen bildet die unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Ihren Bestrebungen muß auf jedem möglichen Wege entgegengetreten werden. Da sie ihren Zuwachs vornehmlich aus den Reihen der rechtsstehenden Sozialdemokratie erhält, liegt die wirksamste Abwehr gegen ihre weitere Ausbreitung in Maßnahmen, durch welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Flucht ihrer bisherigen Anhänger in das Lager der Unabhängigen zu verhindern sucht. In dieser Beziehung erblicke ich ein wirksames Mittel in der Versammlungstätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei. Durch mündliche Aufklärung vermag sie am ehesten ihre Mitglieder sich zu erhalten und gegen die unterirdische Wühlarbeit der Radikalsozialisten widerstandsfähig zu machen. Das Bestreben der militärischen Zensurstellen wird daher dahin gehen müssen, den Veranstaltungen der Mehrheitssozialisten so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten.

Gelegentliche Entgleisungen in den Versammlungen werden in der Regel weit weniger nachteilige Folgen haben als verbitternd wirkende Verbote und Anordnungen“.

14. Juni 1918 – Nicht den Eindruck der Zusammenarbeit erwecken

München - Nürnberg * Der SPD-Abgeordnete Erhard Auer macht sein Eingreifen bei drohenden Streiks in Nürnberg davon abhängig, dass ihn dabei keine amtliche Stelle bei seinen Bemühungen unterstützt. Denn „es würde unter der Arbeiterschaft sofort die Meinung Platz greifen, dass es sich um eine zwischen ihm und der Regierung abgekartete Sache handle“.

12. August 1918 – Den Krieg durch Aushungern beenden

München * Eine Münchner Hausfrau berichtet über ihre Fahrten aufs Land. Sie schildert die meisten Bauern als „unverständlich, hartherzig und wenig vaterländisch gesinnt“. Nach ihren Beobachtungen sind die Bauern der Meinung, dass sie die „Stadterer“ und „Großkopferten“ zur Beendigung des Krieges zwingen könnten, indem sie diese aushungern.

7. Oktober 1918 – Walther Rathenau verlangt eine allgemeine Volkserhebung

Berlin - Spa * Der jüdische Industrielle Walther Rathenau gibt in einem Artikel im Berliner Tageblatt zu bedenken, dass die mit Woodrow Wilson auszuhandelnde Waffenstillstands- und Friedensabkommen für die Deutschen bedeuten: eine Zahlung von bis zu 50 Milliarden Mark für den Wiederaufbau von Belgien und Nordfrankreich und den möglichen Verlust von Elsass, Lothringen und Danzig. Er fordert deshalb eine allgemeine Volkserhebung, um die



unausweichlichen Waffenstillstandsverhandlungen aus einer Position der Stärke heraus zu führen. Er fordert die Oberste Heeresleitung - OHL dazu auf, die deutschen Armeen hinter die nationalen Grenzen zurückzuziehen, um sie hier für einen neu motivierenden Verteidigungskrieg aufzustellen. Generalquartiermeister Erich Ludendorff und die Oberste Heeresleitung lehnen die Vorschläge als vollkommen unakzeptabel ab, da durch die Unzuverlässigkeit der Soldaten in der Heimat die Gefahr eines revolutionären Umsturzes nur noch vergrößert werden würde. Walther Rathenaus Thesen stoßen im Volk auf eine breite Resonanz. Er wird zum Wortführer derer, die die Meinung vertreten: Deutschland ist nicht besiegt und braucht deshalb keinen sofortigen Waffenstillstand. Der ultranationalistische und antisemitische Reichsbote und die alldeutsche Deutsche Zeitung vergessen kurzzeitig ihre traditionelle Abneigung gegen Juden und stellen sich hinter Rathenaus Argumentation.

21. Oktober 1918 – Lieber ein Kapitulationsfriede als den Zusammenbruch

München - Königreich Bayern * Das Kriegsministerium erhält anonyme „Stimmen aus dem Mittelstande Bayerns“ zugeschickt. Darin wird unter der Berufung auf die allgemeine Volksmeinung gefordert: „Der Friede muss sobald als möglich herbei geführt werden, gleich ob günstig oder ungünstig.“ Ein Kapitulationsfriede sei immer noch besser als der unausweichliche Zusammenbruch.

7. November 1918 – Lorenz Winkler wird Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats

München * Lorenz Winkler, der bereits als Aktivist beim Münchner Januarstreik in Erscheinung getreten ist, wird Mitglied des Revolutionären Arbeiterrats.

10. November 1918 – Kronprinz Rupprecht kämpft mit allen Mitteln um seine Krone

Lille - München-Kreuzviertel * Ex-Kronprinz Rupprecht legt in einem forschem Telegramm bei der bayerischen Regierung „Verwahrung ein gegen die politische Umwälzung, die ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Gewalten und der Gesamtheit der bayerischen Staatsbürger in Heer und Heimat von einer Minderheit ins Werk gesetzt wurde. Das bayerische Volk und das seit Hunderten von Jahren mit ihm verbundene Fürstenhaus haben das Recht zu verlangen, dass über die Staatsform durch eine verfassungsgebende Nationalversammlung entschieden wird, die aus freien und allgemeinen Wahlen hervor geht. Dass den heimkehrenden Soldaten die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Stimme abzugeben, ist eine selbstverständliche Forderung. Die



bayerischen Soldaten werden dann im Einvernehmen mit den bayerischen Staatsbürgern in der Heimat zu entscheiden haben, wie sie sich zur Frage weiterer Zusammenarbeit mit ihrem Fürstenhause stellen wollen.“ Der Ministerrat des Volksstaates Bayern ignoriert diese papierene Ermahnung übrigens vollkommen zu Recht. Hier spielt der Monarch von Gottes Gnaden plötzlich den Vorbild-Demokraten. Denn dass sich Rupprecht auf eine noch ausstehende Entscheidung der frei gewählten Vertretung des souveränen Volkes beruft, ist frech. Bis dahin hätte schließlich die Dynastie Wittelsbach nicht im Traum daran gedacht, die Staatsform zum Gegenstand der Entscheidung einer Volksvertretung zu machen.

12. November 1918 – Das aktive und passive Wahlrecht für Frauen wird eingeführt

Berlin - Deutsches Reich * Der aus Mitgliedern der SPD und der USPD bestehende Rat der Volksbeauftragten in Berlin verkündet in einem Aufruf an das Deutsche Volk mit Gesetzeskraft unter anderem die Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Eine Zensur findet nicht statt, die Theaterzensur wird aufgehoben. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergeschlagen. Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeitsschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt.

18. November 1918 – Aufruf zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform

München-Kreuzviertel * Michael von Faulhaber schreibt an den bayerischen Episkopat, womit die Gesamtheit der bayerischen Bischöfe gemeint ist, die Anregung für einen gemeinsamen Hirtenbrief. In dem Schreiben gibt er zu bedenken, „daß ein gemeinsames Hirtenschreiben in dieser Stunde unserem Volk die Dankesschuld gegen das Haus Wittelsbach und König Ludwig III. in offener Sprache ohne Entschuldigung bei der neuen Regierung kundgeben [...] müßte. [...] Der gestrige Thronverzicht war ein unverantwortlicher Mißgriff der alten Regierung.“ Ohne dies



klar zu äußern, fordert der Münchner Bischof seinen Klerus zum Inneren Widerstand gegen die neue Staatsform auf. Und als ihm immer klarer wird, dass er mit seinen Überzeugungen nicht die allgemeine Meinung vertritt, verlegt er sich zum offenen Kampf mit der Regierung des Freistaats Bayern, ohne seine eigenen ultrakonservativen Anschauungen infrage zu stellen.

24. November 1918 – Das Berliner Tageblatt veröffentlicht Kriegsschuld-Dokumente

Berlin * Vier Dokumente, die nach Kurt Eisners Meinung die deutsche Schuld am Kriegsausbruch beweisen, werden im Berliner Tageblatt veröffentlicht.

26. November 1918 – Notunterkünfte und Zwangseinquartierungen

München * Die bis Ende Januar andauernde Rückkehr der Truppen von der Front machen München zu einem großen Entlassungszentrum. Gleichzeitig wird es Anziehungspunkt für jene Ausgemusterten, die ohne Arbeit oder ohne Ziele sind. Die städtischen Behörden beginnen - davon ausgehend, dass es sich um eine vorübergehende Erscheinung handle, - in Schulgebäuden, Hotels und Bräus Notunterkünfte einzurichten. Auch in großen Privatwohnungen werden Zwangseinquartierungen vorgenommen.

28. November 1918 – Ministerpräsident Eisner will das alte System abschaffen

München * Gegenüber den Münchner Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten äußerte sich Kurt Eisner so: „Ich kam nach Berlin als Vertreter Bayerns und sah da zu meiner großen Überraschung, dass in Berlin die Konter-Revolution nicht droht, sondern dass sie ruhig regiert. Die Konter-Revolution regiert in Berlin ganz gemütlich, als ob nichts geschehen wäre. [...] Wir können nicht mit dem alten System weiterarbeiten. [...] Was im Auswärtigen Amt sitzt, ob es nun alldeutsch ist, oder ob es [...] für den Verständigungsfrieden gewirkt hat, das ist ganz gleich, diese Herren sind Vertreter des alten Systems und in ihren Händen ist noch der gesamte Apparat der öffentlichen Meinung, der Presse des In- und Auslandes. Der funktioniert noch genauso wie während des Krieges.“

29. November 1918 – Kurt Eisner äußert sich zu den Anfeindungen in der Presse

München * Unter der Überschrift Zur Kenntnisnahme veröffentlicht der Ministerpräsident des



Volksstaates Bayern: Kurt Eisner nachstehende Erklärung: „Man bemüht sich von allen Seiten mich aufmerksam zu machen auf die albernen Artikel, die eine gewisse Presse gegen meine Person richtet. Ich erfahre daraus allerlei interessante Bereicherungen meiner Biographie. Man erweist mir darin auch die Ehre, mich mit einem Familien- und Erwerbssinn zu begaben, der mir nur in geringstem Maße bisher beschieden war. Schon habe ich meinen gesamten Familienanhang in gut bezahlten Stellungen untergebracht. Besorgte Leute verlangen von mir, daß ich gegen solche Äußerungen, die jedoch nur eine Fäulniserscheinung des zusammengebrochenen Systems sind, einzuschreiten. Ich wiederhole, daß die Presse in voller Freiheit soviel Dummes und Kluges, soviel Anständiges und Schmutziges produzieren soll, wie es ihrem geistigen und moralischen Vermögen entspricht. Ich habe in den 4 ½ Kriegsjahren soviel Verachtung gegen diese Presse aufgehäuft, daß sie genügt, um mich für den Rest meines Lebens gegen jede Neigung zu festigen, auch nur polemisch mich mit ihr zu befassen.“

5. Dezember 1918 – Termin für die Landtagswahl auf 12. Januar 1919 festgelegt

München-Kreuzviertel * Im Ministerrat kommt es zu heftigen Diskussionen über die Terminfestsetzung zur Nationalratswahl. Kurt Eisner sieht in einem frühen Termin keinen Vorteil. „Die Massen scheuen sich davor und fürchten die Preisgabe der Errungenschaften.“ Dagegen fordern die MSPD-Minister einen möglichst frühen Wahltermin. Jeder Tag früher stellt für sie einen „Gewinn gegenüber dem Zentrum“ dar. Erhard Auer dringt deshalb auf den 12. Januar 1919. Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm geben unumwunden ihre Abneigung gegen die Räte zu und treten für die Umwandlung der Arbeiter- und Bauernräte in Arbeiter- und Landwirtschaftskammern ein und sprechen den Räten jede politische Funktion ab. Verkehrsminister Heinrich Ritter von Frauendorfer sieht in den Räten eine „nur notwendige Begleiterscheinung der Revolution“. Den Soldatenräten gibt man keine Zukunft.

11. Dezember 1918 – Erste Versammlung des Spartakusbundes München

München-Ludwigsvorstadt * Erstmals tritt der Spartakusbund mit einer Massendemonstration in München in Erscheinung. Im Wagnersaal referiert Max Levien, der Vorsitzende der bayerischen Sektion des Spartakusbundes, über das Thema „Die blutigen Vorgänge in Berlin und die Schuld der jetzigen Reichsregierung“. In seinem Referat stellt er eine Reihe radikaler Forderungen auf, darunter die Einrichtung von Revolutionstribunalen zur Bestrafung der Konterrevolutionäre und die Gründung einer Roten Armee. Seinen Ausführungen stellen sich Kurt Eisner, Dr. Edgar Jaffé, Gustav Landauer, Erich Mühsam und Fritz Sauber entgegen. Ministerpräsident Eisner wendet sich gegen die Demonstrationslust, Gustav Landauer äußert sich gegen das „ewige



Blutspucken“. Mit Rache macht man keine neue Welt. Erich Mühsam will die Revolution gegen ihre Feinde schützen, aber nicht mit blutigen Mitteln.

30. Dezember 1918 – Verstaatlichung nur für Grundstoffindustrien und für Kraftwerke

München * Vor einer Versammlung von Räte delegierten führt Kurt Eisner zum Thema Sozialisierung folgendes aus: „Sie wissen, ich bin der Meinung, dass wir heute die ganze Industrie auf einmal sozialisieren können. [...] Man kann politische Gewalten stürzen, man kann aber keine wirtschaftliche Organisation durch Revolution aufbauen“. Eisner schlägt deshalb eine Verstaatlichung nur für gewisse Grundstoffindustrien und für Kraftwerke vor.

21. Februar 1919 – Erscheinen sämtlicher Münchner Zeitungen verhindert

München * Weil der Presse ein bedeutender Anteil an der Hetze gegen Kurt Eisner und damit an seiner Ermordung zugesprochen wird, verhindert man das Erscheinen sämtlicher Münchner Zeitungen mit Ausnahme der Parteiorgane der USPD und des Bayerischen Bauernbundes - BBB.

24. Februar 1919 – Die Münchener Post erscheint wieder

München * Die Münchener Post erscheint als erste Münchner Zeitung seit dem Erscheinungsverbot.

3. April 1919 – Johannes Hoffmann beruft den Landtag für den 8. April ein

München * Am Abend gibt Ministerpräsident Johannes Hoffmann völlig überraschend bekannt, dass der Landtag - entgegen bestehender Absprachen - am kommenden Dienstag, dem 8. April, wieder eine Sitzung abhalten würde. Die angekündigte Einberufung des Parlaments ist eine politische Machtdemonstration Hoffmanns. Anschließend reist das bayerische Regierungsoberhaupt nach Berlin. Unterstützt wird der SPD-Ministerpräsident von den bürgerlichen Parteien, die im Landtag das einzige Instrument sehen, politisch doch noch in Erscheinung zu treten.

13. April 1919 – Flugblätter verkünden: Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat!



München * Der Generalstreik wird für den nächsten Tag ausgerufen und bürgerliche Zeitungen mit einem Erscheinungsverbot belegt. Flugblätter verkünden: „Es lebe das revolutionäre Internationale Proletariat! Es lebe die Weltrevolution!“

24. April 1919 – Erscheinungsverbot für bürgerliche Zeitungen

München-Gruggenau * Die Betriebsräte beschließen im Hofbräuhaus-Parlament, dass auch weiterhin keine bürgerlichen Zeitungen erscheinen dürfen.

27. April 1919 – Die Betriebs- und Kasernenräte stürzen die kommunistische Räterepublik

München-Gruggenau * Ernst Toller bekräftigt im Hofbräuhaus erneut seine Meinung, dass die jetzige Räteregierung eine „Gefahr für das Proletariat und die Räterepublik“ darstellt. Die Betriebs- und Kasernenräte zwingen den Aktionsausschuss zum Rücktritt und entziehen damit auch dem Vollzugsrat das Vertrauen. Damit beenden sie die kommunistische Diktatur des Proletariats von Eugen Leviné und Max Levien.

17. Januar 1920 – Der Soziologe Max Weber wird aus dem Hörsaal gejagt

München-Maxvorstadt * Als Anfang 1920 der nationalistische Eisner-Mörder, Anton Graf Arco-Valley, aufgrund eines Antrags der Münchner Studentenschaft begnadigt, und damit vor der Hinrichtung bewahrt wurde, tobten die Studenten vor Begeisterung. Professor Max Weber kommentiert dies so: „Die politischen Morde werden Schule machen. [...] Sie haben den Grafen Arco gefeiert, weil dieser, wie es auch meine Überzeugung ist, vor Gericht ritterlich und in jeder Beziehung mannhaft aufgetreten ist. Seine Tat ging aus der Überzeugung hervor, dass Kurt Eisner Schande auf Schande über Deutschland gebracht hat. Dieser Meinung bin ich auch. Trotzdem ist es eine schlimme Schwäche, ihn zu begnadigen, solange das Gesetz gilt, und ich als Ministerpräsident hätte ihn erschießen lassen. Aber das Ministerium ist vor ihnen zurückgewichen.“ Nach diesen Ausführungen wird der Soziologe aus dem Hörsaal gejagt.

30. Januar 1933 – Mit dem Nationalsozialismus kommt das Eheverbot für Lehrerinnen zurück

Deutsches Reich * Mit dem Nationalsozialismus kommen die alten, stockkonservativen Töne wieder zurück. Die NS-Machthaber entlassen alle verheirateten Lehrerinnen und kürzen den



verbliebenen das Gehalt um zehn Prozent. Die Meinung, „die deutsche Mutter gehört zu den Kindern nach Hause“, ändert sich programmatisch erst wieder, nachdem die Lehrer zum Kriegsdienst eingezogen worden sind. Nun darf die Frau wieder einmal ihren Mann stehen.

September 1935 – Die „Valentin-Zeitung“ wird von den Nationalsozialisten verboten

München * Die „Valentin-Zeitung“, in der Originaltexte, Witze und Erinnerungen von Karl Valentin publiziert werden, erscheint einmalig. Weil das Erscheinungsdatum mit „nur Hie und Da“ angegeben ist, wird die „Valentin-Zeitung“ von den Nationalsozialisten - mit der offiziellen Begründung des presserechtlich unzulässigen Impressums - verboten.

1937 – Der umfangreiche Amtliche Führer Residenz München erscheint

München-Gruggebau * Der umfangreiche Amtliche Führer Residenz München erscheint. Er beinhaltet die Baugeschichte und die ausführliche Beschreibung der zu besichtigenden Räume. Der Führer dokumentiert ein letztes Mal das Erscheinungsbild der Residenz vor den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs.

6. September 1952 – Der wiederhergestellte Chinesische Turm wird der Öffentlichkeit übergeben

München-Englischer Garten - Lehel * Der wiederhergestellte Chinesische Turm im Englischen Garten wird der Öffentlichkeit übergeben. Er ist in seiner äußeren Erscheinung eine ziemlich genaue Rekonstruktion des ursprünglichen Bauwerks.

1967 – Wirtschaftliche Zwänge und Verlust der kulturellen Rolle

München-Kreuzviertel * Die umfangreichen Bauarbeiten führen zu einer wachsenden Verschuldung des Künstlerhaus-Vereins. Zwar gelingt der Wiederaufbau des kriegszerstörten Gebäudes, doch dessen dauerhafte Finanzierung überfordert den Verein. Das Künstlerhaus wird deshalb an das Hotel Bayerischer Hof verpachtet. Hotelier Falk Volkhardt nutzt das Gebäude in den folgenden Jahrzehnten vor allem für gastronomische und wirtschaftliche Zwecke. Der Künstlerhaus-Verein bleibt zwar Eigentümer, tritt jedoch kaum noch öffentlich in Erscheinung. Das Künstlerhaus verliert seine Bedeutung als kultureller Treffpunkt und gerät für lange Zeit weitgehend aus dem öffentlichen Bewusstsein.



1967 – Letztmaliges Auftreten des Professoren-Kollegiums im Talar

München-Maxvorstadt * Letztmals treten die Talare des Professoren-Kollegiums an der Akademie der Bildenden Künste bei der Jahresfeier 1967 in Erscheinung.

4. Dezember 1971 – Deutschlands erster McDonalds wird eröffnet

München-Obergiesing * An der Martin- Luther-Straße 26 eröffnet McDonalds seine erste deutsche Filiale. Dass die US-amerikanische Fleischpflanzl-Braterei gerade in Giesing ihr erstes Lokal eröffnet, liegt an der Nähe des Stadions an der Grünwalder Straße und der leichten Erreichbarkeit mit dem Auto. Einen sicheren Kundenstamm hat man zudem mit den zahlreichen Amerikanern, die im Südosten Münchens ihre Militär- und Wohnanlagen unterhalten und in McDonalds ein Stück Zuhause vorfinden. Das anfängliche Angebot umfasst Hamburger, Cheeseburger, Pommes Frites, Cola, Limo und Kaffee. Ein Hamburger kostet 95 Pfennige. Die Käsescheiben werden noch mit der Hand vom Block geschnitten, die Kartoffeln für die Pommes ebenfalls von Hand geschält und geschnitten. Der schlagartig einsetzende Erfolg gibt den Marktstrategen mit ihrer Standortwahl Deutschland recht: Bereits im ersten Monat beträgt der Umsatz des Lokals 110.000 DMark. Diese typisch amerikanische Esskultur erfährt Ablehnung von konservativen wie auch linksintellektuellen Kreisen, die ihren emotionalen Anti-Amerikanismus an McDonalds festmachen. Die Firma wird als vermeintlich kurzlebige Modeerscheinung belächelt und als Unkultur verdammt.

22. Mai 1986 – Der Bayerische Rundfunk blendet den „Scheibenwischer“ aus

München * Nur wenige Tage nach den schweren Pfingstausschreitungen in Wackersdorf verweigert der Bayerische Rundfunk die Ausstrahlung einer atomkritischen Ausgabe der ARD-Kabarettssendung „Scheibenwischer“. Die Sendung unter der Leitung von Dieter Hildebrandt reagiert auf die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und setzt sich satirisch mit Kernenergie, radioaktiver Belastung und der Informationspolitik der Behörden auseinander. Besondere Kritik der BR-Führung richtet sich gegen den von Lisa Fitz vorgetragenen Sketch „Der verstrahlte Großvater“. BR-Fernsehdirektor Helmut Oeller fordert zunächst vergeblich, die Ausgabe im gesamten ARD-Programm abzusetzen. Nachdem sich die übrigen Rundfunkanstalten weigern, koppelt der Bayerische Rundfunk sein Fernsehprogramm für die gesamte Dauer der Sendung aus dem ARD-Gemeinschaftsprogramm aus. Die „Scheibenwischer“-Ausgabe ist deshalb in Bayern nicht zu sehen. Die Entscheidung löst heftige Proteste aus. Zahlreiche Zuschauer beschwerten sich telefonisch beim Sender; zeitweise sind die Leitungen überlastet. Videokopien



der Sendung werden in Bayern verbreitet und bei öffentlichen Veranstaltungen vorgeführt. Medien, Künstler und Oppositionspolitiker bewerten das Vorgehen als Zensur und werfen dem Bayerischen Rundfunk politische Rücksichtnahme auf die atomkraftfreundliche Staatsregierung vor. Der BR weist diesen Vorwurf zurück und begründet die Nichtausstrahlung mit Inhalt und Form der satirischen Beiträge. Der Vorgang verstärkt bei vielen WAA-Gegnern den Eindruck, dass nicht nur um ein Industrieprojekt, sondern auch um Meinungsfreiheit, unabhängige Berichterstattung und die demokratische Kontrolle staatlicher Entscheidungen gestritten wird.

Juli 1986 – Das WAA-Gelände wird zur Hochsicherheitszone

Wackersdorf * Der provisorische Bauzaun wird durch eine massive Sicherheitsanlage ersetzt. Ein rund 2,5 Meter hoher und etwa 4,8 Kilometer langer Stahlzaun mit Stacheldraht, Beleuchtungsanlage und einer Ringstraße umschließt fortan das WAA-Gelände. Die Kosten belaufen sich auf ungefähr 15 Millionen DM. Der neue Zaun prägt das Erscheinungsbild des Konflikts. Für die Betreiber und die Staatsregierung dient er dem Schutz der Baustelle; für die WAA-Gegner wird er zum Symbol der staatlichen Abschottung und der zunehmenden Militarisierung des Baugeländes.

April 1987 – Der Kampf um die öffentliche Meinung geht weiter

Wackersdorf - Schwandorf * Die DWK und ihre Tochtergesellschaften weiten ihre Öffentlichkeitsarbeit für die Wiederaufarbeitungsanlage aus. Sie betreiben Informationszentren auf dem ehemaligen BBI-Gelände und in Schwandorf, werben für die versprochenen Arbeitsplätze und unterstützen örtliche Einrichtungen und Vereine. Das Sponsoring soll die gesellschaftliche Akzeptanz des Projekts in der Region erhöhen. Die WAA-Gegner setzen ihre vielfältigen Protestaktionen fort. Ökumenische Andachten am Franziskus-Marterl, Sonntagsspaziergänge zum Bauzaun, Blockaden, Kulturveranstaltungen und grenzüberschreitende Aktionen halten den Widerstand öffentlich sichtbar. Der Konflikt wird damit zunehmend auch als Kampf um Zustimmung, Deutungshoheit und gesellschaftlichen Einfluss geführt.

16. November 1993 – „... Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt“

München * Klaus Warnecke, Landtagsabgeordneter der SPD schreibt in der Süddeutschen Zeitung einen Leserbrief und bringt darin folgende Meinung zum Ausdruck: „[...] Die



Hindenburgs, Ludendorffs und ihre monarchistischen Attrappen hatten das Volk im Reichsdurchschnitt im Herbst 1918 auf 500 bis 600 Kalorien pro Tag und Nase heruntergehungert. [...] 200.000 bayerische Soldaten waren gefallen. [...] Während sich die Monarchie von dannen stahl und die Generäle an der Dolchstoß-Legende zu stricken begannen, gab es in München eine einzige Kraft, die halbwegs Ordnung in das Chaos zu bringen versuchte und den Umständen entsprechend auch brachte: die von den Konservativen und Reaktionären aller Richtungen bisher aus jeder politischen Verantwortung ferngehaltenen Sozialdemokraten und deren linkspazifistische Absplitterung die USPD mit Eisner an der Spitze. [...] Der totale politisch/militärisch/soziale Scherbenhaufen des Winters 1918/19 war das Erbe des Großmachtwahns der Feldmarschälle und Monarchen. Das Kabinett unter Ministerpräsident Kurt Eisner mit dem Innenminister Erhard Auer und Albert Roßhaupter, die sich auf den eigentlichen Ordnungsfaktor in München, die Arbeiterräte, stützen konnte, hat Bayern einen Winter lang vor dem totalen Chaos bewahrt. Das wahre Chaos begann erst, als der rechtsradikale Offizier Graf Arco den Pazifisten Kurt Eisner am 21. Februar 1919 auf offener Straße ermordete. [...].“

April 1997 – Der Bordeauxplatz wird grundsaniert

München-Haidhausen * Der Zustand des Brunnens am Bordeauxplatz ist ein so erbärmlicher, dass das Becken abgebrochen und völlig neu aufgebaut werden muss. Da das Becken in seiner Entstehungszeit „in den Dreck gebaut“ worden ist, versickern von den 15.000 Kubikmetern Wasser, die pro Saison hier verbraucht werden, gut die Hälfte im Erdreich. Ein Riss geht durch den Rehbock, dem zudem sein Geweih abhanden gekommen ist. Damit der Bordeauxplatz seine auf alten Fotos verbürgte Ursprünglichkeit zurückgewinnt, beginnt man mit umfangreichen Umbauarbeiten. Die Grundstruktur des Platzes konnte über die Jahrzehnte im Wesentlichen erhalten werden. Nur die Wege waren breiter geworden und betongepflastert. Sie sollen wieder zu schmalen Sandwegen umgestaltet werden. Die Parkbänke waren nach innen gerückt, weg vom Straßenverkehr, dafür aber mit dem Rücken zu den Flaneuren. Auch sie sollten wieder an ihren ursprünglichen Platz rücken. Daneben muss der nach über 120 Jahren lückenhaft gewordene Baumbestand erneuert werden, wobei die ersten Ulmen schon seit dem Jahr 1989 einer Abholzaktion zum Opfer fielen, da die weltweit auftretenden Fäulnisbakterien auch vor diesem historischen Ensemble keinen Respekt hatten. Als Ersatz pflanzte man zunächst einreihig Linden nach, „damit der Platz nicht allzu stark unter dem Schattendruck leidet“. Spätestens seit der Entdeckung des Ozonlochs weiß man den Schatten wieder zu schätzen, weshalb die Linden aus den 1990er Jahren zusammen mit den neuen Bäumen eine doppelreihige Allee rings um den Platz ergeben haben. Der neu geschaffene Spielplatz



entspricht zwar nicht dem ursprünglichen Erscheinungsbild - aber dem Bedürfnis der Eltern.

12. August 2022 – Grundsteinlegung in der Münchner Kindl Brauerei

München-Giesing * In der Münchner-Kindl-Brauerei an der Tegernseer Landstraße 337 findet die Grundsteinlegung statt. Den feierlichen Akt im acht Meter tiefen Rohbau überlässt die Familie Sailer zwei sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten: Prinz Luitpold von Bayern von der Schlossbrauerei Kaltenberg und Didi Schweiger, bekannt als Münchens prominentester Obsthändler. Die Auswahl hatte Symbolcharakter: Hier bayerischer Hochadel aus dem Haus Wittelsbach, dort ein bodenständiger Münchner Geschäftsmann mit klarer Meinung. Auch historisch gibt es eine Verbindung. Die Brauerei Kaltenberg hat 1954 große gebrauchte Holzfässer von der Kindlbrauerei gekauft, 60 davon existieren noch – und vielleicht fällt ja eines an die achte Münchner Brauerei ab. Die Inschrift des Grundsteins lautet: „SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT, LUITPOLD VON BAYERN, UND DER BÜRGERLICHE OBSTSTANDLBESITZERDIDI SCHWEIGER AUS DER LEOPOLDSTRASSEHABEN HEUTE DIESENGRUNDSTEIN GELEGT ZURWIEDERERRICHTUNG DER MÜNCHNER KINDL BRAUEREIXII VIII MMXXII“
